

# „Eine zu hohe Dosis Regulierung“

Vermögensverwalter Andreas Grünewald über unrentable Beratung und Anlegerschutz

Als Gründer des Münchner Investment Clubs hat Andreas Grünewald in den 1990er-Jahren viele Erfahrungen als und mit Anlegern gemacht. Heute vertritt er im Vorstand des Verbandes unabhängiger Vermögensverwalter (VuV) und als Chef des Portfolioverwalters FIVV AG die Interessen der Branche. Grünewald warnt vor Überregulierung und negativen Folgen für die Kunden.

**SZ: Zum Schutz der Sparer wird die Anlageberatung in Deutschland zunehmend reguliert. Hat das die Arbeit der Vermögensverwalter in Deutschland verändert?** Andreas Grünewald: Ja, hat es. Es ist ja Ziel und Wunsch, die Beratungsqualität zu steigern im Sinne des Anlegers. Aber der Bogen wird vom Gesetzgeber überspannt. Der Arbeits- und vor allem der Dokumentationsaufwand in der Kundenberatung hat deutlich zugenommen. Für viele Vermögensverwalter stellt sich längst die Frage, ob sie die gewünschte Beratungsleistung überhaupt noch erbringen können.

## Das klingt wie eine Drohung.

Es ist die Realität. Ein einfaches Rechenbeispiel zeigt, dass eine gute Beratung in den meisten Fällen ein Minusgeschäft ist. Ein Mandat für ein Portfolio von 30 000 Euro bringt beispielsweise bei einer üblichen Beratungsvergütung von einem Prozent 300 Euro im Jahr, macht 25 Euro im Monat. Dafür soll der Berater anfangs ein, zwei ausführliche Beratungsgespräche führen, dann soll er darüber ein Beratungsprotokoll erstellen und im Folgenden dem Kun-

den regelmäßig die Portfolioveränderungen erläutern.

## Beratung lohnt sich also nicht mehr?

Wenn man betriebswirtschaftlich rechnet, nicht. Der Berater muss ja nicht nur das Beratungsprotokoll ausfüllen, sondern auch für jeden Fonds und jedes Wertpapier eine entsprechende Information aushändigen



**Andreas Grünewald,** Chef der FIVV AG und Mitglied im Vorstand des Verbandes der Vermögensverwalter (VuV), warnt vor zu viel Regulierung.

FOTO: ARMIN BRÖSCH

und erläutern. Ein Fondsinformationsdokument, das sogenannte KID, oder bei Aktien das Produktinformationsblatt PIB, kostet etwa zwei Euro pro Produkt, wenn Sie es extern beziehen. Und das machen viele, weil nicht jeder Vermögensverwalter alle Aktien selbst abdecken kann, zumal wenn es sich um US-Titel oder asiatische Aktien handelt. Und: Der Vermögensverwalter haftet dem Anleger gegenüber für die Inhalte jedes dieser Infoblätter.

**Können Sie den neuen Regeln zum Anlegerschutz überhaupt etwas Positives abgewinnen?**

Ja, schon. Die neuen Regeln machen den Kunden die Kosten der Produkte besser transparent. Das ist sehr gut, weil sie dazu beitragen, das Provisionswesen mit der Honorarberatung vergleichbar zu machen. Das ist wichtig, weil es die Kunden sensibilisiert und ihnen zeigt, dass und wie viel ungefähr Beratung kostet. Die darüber hinaus gehende Therapie des Gesetzgebers, immer mehr Dokumente und noch mehr Unterschriften für jeden einzelnen Beratungsschritt einzuführen, ist dagegen eine zu hohe Dosis Regulierung, die dazu führt, dass für weniger vermögende Kunden die Beratungsqualität sinkt. Wie ich aufgezeigt habe, ist es gar nicht mehr möglich, einzelne Titel durchzusprechen, weil man ständig im Gespräch irgendein Informationspapier herausziehen muss, um den Regeln Genüge zu tun.

## Haben Sie Verbesserungsvorschläge?

Grundsätzlich und langfristig halte ich eine bessere finanzielle Bildung der Menschen für den besten Anlegerschutz. Daher plädieren wir schon länger für ein flächendeckendes und umfassendes Fach Wirtschaft in der Schule. Kurzfristig könnte es schon helfen, wenn man etwa die Kunden selbst wählen lassen würde, ob sie ein Beratungsprotokoll wünschen, und wenn ja, sie es selbst erstellen lassen. Der Kunde hat mehr davon, wenn der Berater ihm sein individuelles Protokoll unterschreibt, als wenn er ein juristisch vorformuliertes Blatt unterschreibt, das in erster Linie der Absicherung des Beraters dient.

INTERVIEW: SIMONE BOEHRINGER